

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/155

Bonn, den 31. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Verwirrung im praktischen Haushaltsrecht 39

Von H.G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

3 Blick auf Algerien 39

Geburtswehen eines neuen Staates

4 Jugend schützt Jugend 44

In Hessen gibt es über 3300 Schülerlotsen

5 - 6 Kryukowo, die erste Moskauer Sputnik-Stadt 64

Eine Trabanten-Stadt aus der Retorte
Devise: Mehr Grün als Stein
Von Rudolf Mornig

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Verwirrung im praktischen Haushaltsrecht

Von H.G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Bundesfinanzminister hat angekündigt, er werde den Entwurf des Haushaltsplans 1963 am 9. Oktober im Bundestag einbringen. Wer den Lauf der Dinge verfolgt, dem musste klar werden, dass diese Ankündigung nicht verwirklicht werden kann. Über die Gründe hierfür wird gegebenenfalls besonders zu reden sein. Nach Artikel 110 GG ist der Haushaltsplan vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festzustellen. Er muss als Vorlage der Bundesregierung zunächst dem Bundesrat zugeleitet werden. Dieser ist berechtigt, innerhalb von drei Wochen dazu Stellung zu nehmen.

Auch in diesem Jahr wieder Verspätung

Der Haushaltsplanentwurf für 1963 ist bis jetzt von der Bundesregierung noch nicht festgestellt. Weder über die Endsumme der Ausgaben noch über den grundgesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich besteht Klarheit. Um den Etatentwurf am 9. Oktober im Bundestag einbringen zu können, müsste er spätestens am 18. September dem Bundesrat zugeleitet werden. Da sich aber bisher weder die einzelnen Ministerien mit dem Bundesfinanzminister zusammengerufen haben und da auch kein entscheidender Beschluss der Gesamtregierung vorliegt, muss befürchtet werden, dass der Bundeshaushalt 1963 wahrscheinlich erst Ende Oktober dem Bundestag vorgelegt werden kann.

- *Bei einem Etat von voraussichtlich erheblich mehr als
- *50 Milliarden bedeutet das, dass der Haushalt noch nicht
- *einmal vom Haushaltsausschuss des Bundestags bis zur
- *Ende des Jahres vorberaten werden kann, umso mehr, als
- *die Fachausschüsse des Bundestags ein begründetes In-
- *teresse daran haben, zum Etatentwurf ebenfalls ihre
- *Meinung zu sagen.

Die Feststellung des Haushalts durch Gesetz vor Beginn des Rechnungsjahres ist also wiederum nicht möglich, und die Bundesregierung ist nach Artikel 110 des Grundgesetzes danach nur berechtigt, bis zur gesetzlichen Feststellung des Haushaltsplans Ausgaben zu leisten, die notwendig sind, um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Massnahmen durchzuführen, um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Bundes zu erfüllen und um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind. Dass besonders in dieser letztgenannten Ermächtigung praktisch eine Einschränkung der Rechte des Parlaments liegen kann, sei nur am Rande vermerkt.

Verzicht auf gründliche Beratung

Die Wirkung einer solchen zeitlichen Entwicklung besteht erfahrungsgemäss wiederum in dem zu erwartenden Versuch, eine abgekürzte Beratung im Haushaltsausschuss des Bundestags durchzuführen und auch im Bundestag selbst auf jene gründliche Etataussprache zu verzichten, die im alten Reichstag selbstverständlich war.

Im Bundestag hat sich - sehr zum Schaden der Gründlichkeit der Etatberatung - das System der wiederholten Anwendung des "Überrollungsprinzips" ausgebildet, d.h., man hat verschiedentlich Ansätze des Vorjahres bei den Personaltiteln übernommen und nur in relativ seltenen Fällen Korrekturen früherer Ansätze vorgenommen.

Die Auswirkungen dieses Verfahrens liegen auf der Hand: fällige Stellenhebungen unterblieben ebenso wie mögliche Revisionsbeschlüsse nach unten, und bei Bewilligung neuer Stellen fehlte es nicht selten an der erforderlichen gründlichen Prüfung der Anforderung. Diese Feststellung bezieht sich in erster Linie auf Stellenanforderungen im Bereich des Verteidigungshaushalts.

Parlament ausgeschaltet

Im laufenden Rechnungsjahr hat sich der Bundestag auf Betreiben der Bundesregierung sogar einer Methode bedient, deren verfassungsmässige Zulässigkeit angezweifelt werden muss. Er beschloss im Haushaltsgesetz eine Vollmacht für den Haushaltsausschuss, die Personaltitel nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes zu beraten und unter gewissen Voraussetzungen darüber selbständig zu entscheiden. Ganz abgesehen davon, dass damit einem Bundestagsausschuss Rechte zugestanden und Pflichten auferlegt wurden, die nur dem Gesetzgeber selbst zustehen, wurde damit nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes praktisch die Endsumme des Haushalts geändert. Politisch gesehen bedeutet dieser Vorgang eine Ausschaltung der öffentlichen Diskussion im Bundestag, die Verlegung wichtiger Entscheidungen in die nicht öffentlichen Sitzungen eines Ausschusses und die Selbstausschaltung des gesetzgebenden Parlaments bei Durchführung wichtiger Entscheidungen.

Eine weitere Verwirrung im praktischen Haushaltsrecht entstand dadurch, dass der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich nur durch eine Einnahmeerwartung von 1,05 Milliarden DM bewirkt werden konnte, die die Länder ohne Vorlage einer Rechtsverpflichtung leisten sollen. Eine solche Massnahme darf sich unter keinen Umständen wiederholen!

Korrektur bestehender Gesetze durch das Haushaltsgesetz

Eine weitere, äusserst kritisch zu betrachtende Methode hat sich bei Feststellung des Haushalts durch das grundgesetzlich vorgeschriebene Haushaltsgesetz in die heutige Praxis eingeschlichen. Während ordnungsgemäss nach harten Kämpfen zustandegekommene Einzelgesetze bestimmen, dass bestimmte Leistungen des Bundes zu vollziehen sind, während besondere Gesetze sogar die zweckgebundene Verwendung bestimmter Einnahmen vorschreiben, korrigiert das Haushaltsgesetz kurzerhand gesetzlich festgelegte Verpflichtungen, ohne dass auch nur der Versuch gemacht wurde, das er sich bestimmende Recht zu ändern. Es besteht heute mehr denn je die Gefahr, diese Methode der kalten Korrektur bestehender Gesetze noch stärker anzuwenden und auf diesem einfachen, rechtlich aber anzuzweifelnden Weg erkannte Verpflichtungen des Bundes zu dezimieren.

Der Deutsche Bundestag muss sich klar darüber werden, dass ein solches Verfahren weder im Interesse einer übersichtlichen, der öffentlichen Kritik standhaltenden Haushaltsgebarung, noch im Interesse einer geordneten Gesetzgebung und der Sicherung des obersten Rechts des Parlaments liegt.

Blick auf Algerien

Geburtswehen eines neuen Staates

sp - Mit Sorge blicken viele Europäer auf Algerien, wo sich im Augenblick ein Kampf um die Führungspositionen des neuen unabhängig gewordenen Staates vollzieht. Die Sorgen sind berechtigt, denn wer wüßte nach dem langen Unabhängigkeitskampf der Algerier nicht, daß dieses Volk endlich in Ruhe die ihm jetzt gestellten Aufgaben bewältigt.

Kenner der politischen Entwicklung in Algerien sind jedoch keineswegs über die jetzt entstandene Situation überrascht. Die verschiedenen Richtungen und Gruppen innerhalb der Führungsgremien der algerischen Revolutionsbewegung waren schon immer da, gelangten aber nur deswegen nicht zur Kenntnis der meisten Europäer, weil während des Befreiungskampfes - und auch vorher - exakte Informationen über das politische Geschehen in Algerien nur sehr spärlich zu uns gelangten.

Nun kann man gelegentlich mit einem Unterton der Schadenfreude hören, daß die gegenwärtige Situation in Nordafrika denen recht gebe, die "schon immer" gesagt hätten, die Algerier könnten ihr Schicksal nicht selbst in die Hand nehmen. Diese Betrachtungsweise ist recht oberflächlich, denn manches, was jetzt in Algerien durchbricht, ist sogar von gewissen politischen Kräften in Europa selbst gefördert worden. Ähnlich wie im Kongo gibt es jetzt auch in Algerien Anzeichen dafür, daß bestimmte interessierte Gruppen außerhalb Algeriens interne Auseinandersetzungen der Algerier "anzuzünden", um dadurch eine Situation herbeizuführen, in der sie selbst wieder als "Ordnungselemente" auftreten können.

Im Hintergrund der jetzt sichtbar gewordenen Auseinandersetzungen stehen natürlich aber auch ideologische Richtungskämpfe, die während der militärischen Kampfperiode der vergangenen sieben Jahre nur überdeckt waren. Im Kern geht es bei diesen Auseinandersetzungen nicht - wie es manchmal oberflächlich dargestellt wird - um "persönliche Machtkämpfe", sondern um die Festlegung der Ausgangspositionen für die gesellschaftspolitische und ökonomische Entwicklung eines neuen Staates. Die Tatsache, daß hierbei auch mit Mitteln gekämpft wird, über die man sich in Europa erhaben fühlt, ist zwar zu bedauern, sollte aber nicht zur Überheblichkeit führen. Schließlich haben unsere Väter im Augenblick der Ablösung der Feudalherrschaft auch nicht gerade mit feinen Mitteln gekämpft, um ihre gesellschaftspolitischen Positionen bestimmen zu können. Sogar in jüngster Zeit soll es vorgekommen sein, daß Millionenaufträge ohne Rücksicht auf hunderte von Arbeiterfamilien gestoppt wurden, weil ein Unternehmer dem anderen plötzlich zu groß geworden war.

Jugend schützt Jugend

In Hessen gibt es über 3300 Schülerlotsen

Die Verantwortlichen in den hessischen Städten und Gemeinden haben sich viele Gedanken gemacht, um zu verhindern, daß der Schulweg für die Kinder der Weg in den Tod wird. Der größte Erfolg im Kampf gegen die Verkehrsgefahren hat dabei der Schülerlotsendienst erzielt, der in Hessen weit verbreitet und vorbildlich ausgebaut ist. Diese Einrichtung ist ein Stück praktischer Verkehrserziehung, die der hessische Minister für Erziehung und Volksbildung, Professor Dr. Ernst Schütte, allen Lehrern dringend ans Herz legt.

In vielen Orten gibt es erfreuliche Beispiele. Immerhin gab es Ende 1961 in Hessen über 3300 Schülerlotsen an 210 hessischen Schulen. Aus dem Kreis ehemaliger Schülerlotsen hat sich in Frankfurt und Darmstadt mittlerweile eine "Jugendverkehrswacht" gebildet. Die "Großen" von der Landesverkehrswacht freuen sich über diesen Nachwuchs, und sie haben - um die Bemühungen der Lehrer zu unterstützen - bisher 100 Schulen Einrichtungsgegenstände und Anschauungsmaterial für Verkehrsunterrichtsräume zur Verfügung gestellt.

Bemerkenswert sind auch die Beispiele des Schülerlotsendienstes in Rosenberg (Fulda) und Bebra: In beiden Städten wurden in den vergangenen drei Jahren keine Verkehrsunfälle registriert, bei denen ein Kind auf dem Schulweg in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Die Schülerlotsen haben dort ihre Bewährungsprobe mit Auszeichnung bestanden.

Auch in Wetzlar ist man aktiv. Hier hat die Schutzpolizei in den letzten sechs Jahren mehr als 500 Schülerlotsen ausgebildet. Die freiwillige Mitarbeit der Jungen und Mädchen hat es möglich gemacht, die Verkehrssicherheit in Wetzlar beträchtlich zu erhöhen. Die II. Abteilung des hessischen Landespolizei in Kassel hatte Besuch von 50 Schülerlotsen aus Witzenhausen, Michenberg und Fürstenhagen. Im Mittelpunkt stand ein Planspiel am Modell einer großen Stadt. In Kassel besteht der Schülerlotsendienst übrigens schon seit acht Jahren. Der Kasseler Polizeipräsident Heinz Kille stellte vor kurzem fest, daß in dieser Zeit an keinem der von den Schülern überwachten Straßenübergänge ein Unfall geschah. An den 22 Kasseler Schulen führt man gegenwärtig mehr als 500 Schülerlotsen. Mehr als 40 000 Schülerinnen und Schüler nahmen dort im letzten Jahr am Verkehrsunterricht teil. Aus Berlin-Charlottenburg kamen 35 Schülerlotsen zu einem Besuch nach Darmstadt. Natürlich wurde dabei eifrig mit den Darmstädter "Kollegen" gefachsimpelt.

Die Verkehrserziehung wird - nach den Bildungsplänen der Schulen in der Lande Hessen - sehr intensiv betrieben, obwohl sie kein besonderes Schulfach bildet. Das geschieht nicht nur im Klassenzimmer während des Sozialkundeunterrichts, sondern vor allem in lebendiger und anschaulicher Zusammenarbeit mit der Polizei, der Verkehrswacht, der Industrie und den Automobilklubs. Ein nachahmenswertes Beispiel gaben übrigens im letzten Jahr etwa 10 000 ältere Schüler in Hessen, die bei der Verkehrswacht Radfahrprüfungen ablegten.

+ + +

Krjukowo, die erste Moskauer Sputnik-Stadt

Von Rudolf Hornig

An der Straße nach Leningrad, etwa 40 km von der Moskauer Stadtgrenze entfernt, sind seit zwei Jahren die ersten Arbeiten an der Trabantenstadt Krjukowo im Gange, die als erste Moskauer Sputnik-Stadt bezeichnet wird. In Krjukowo stehen noch keine Häuser, aber man hat bereits die Straßen angelegt, die unterirdischen Kommunikationen geschaffen, und die Arbeiten an den Fundamenten der zehn Bezirke abgeschlossen, aus denen die rund 65.000 Einwohner zählende Stadt bestehen wird. Im Laufe von 16 Monaten will man die geplanten vier- bis fünfstöckigen Wohnhäuser aus vorverfertigten Bauteilen errichten. Sobald die Stadt fertig ist, wird es wie die Propaganda betont, keinen Bauschutt und keine Sandhaufen in den Straßen geben - die Bewohner werden in eine "fix und fertige Stadt" einziehen können.

Mehr Grün als Stein

In der Trabantenstadt werden weder in den Wohnhäusern, noch in den Betrieben Kohlen verfeuert werden, man wird nur Strom und Erdgas verwenden. Es wird auch keine geschlossenen Häuserfronten geben, die einzelnen Häuser werden von Grünflächen umgeben sein und in einer aufgelockerten Bauweise aufgeführt. Jeder der zehn Stadtbezirke (zu 65000 Einwohnern) wird eigene Parkanlagen besitzen. "Mehr Grün als Stein" lautet die Devise, nach der gebaut wird. Die Industrie von Krjukowo wird hinter einem Waldstreifen in einer bestimmten Entfernung von den Wohnvierteln ihre modernen Betriebe haben, für die es eine Reihe von im Experiment bereits durchgeführten Bauvorschlägen gibt. Der Lärmbekämpfung soll besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Stadt der Jugend

Diese Master-Trabanten-Stadt wird von der Jugend errichtet und ist für die Jugend bestimmt. Die Entwürfe und den Bau der Häuser besorgen junge Architekten, sie entwerfen auch die Wohnungseinrichtungen und Ausstattungen, sie werden die Verkaufsläden bauen und sich um den Kundendienst zu kümmern haben. Die staatlichen Jugendorganisationen haben die Richtlinien festzulegen, nach denen sich das individuelle und gesellschaftliche Leben in der neuen Stadt abzuwickeln hat, sie haben Normen dafür zu entwickeln, wie sich die Jugend das "Leben im Kommunismus" vorstellt. Denn Krjukowo ist zugleich als Experiment dafür gedacht, wie dieses "Leben

im Kommunismus" auszusehen hat oder aussehen kann, das Chruschtschow der Bevölkerung der Sowjetunion "binnen zwei Jahrzehnten" versprochen hat.

Wohnungen für Ständer der Masse

In den Wohnungen der neuen Stadt wird der Mensch - so heißt es in den Richtlinien für den Bau der Stadt - nur "seiner Erholung leben", er wird in ihr "Stunden der wirklichen Masse und Abgeschiedenheit" verbringen. Dazu gehören neben den Zimmern eine kleine Küche und ein Bad: für kleine Gerichte und für das individuelle Baden. Das Kochen, Wäschewaschen, die Kinderpflege und Kindererziehung sowie die allgemeine Geselligkeit haben in den neuen Wohnungen keinen Platz mehr, denn diese "Bürden der überholten Hauswirtschaft" werden den Hausbewohnern abgenommen. Das geschieht durch eine gemeinsame Küche für jedes Haus, eine Großwäscherei, Spielräume für die Kinder, Klubräume für die Jugendlichen und Gesellschaftsräume für die Erwachsenen. Die veralteten "vier Wände" einer Wohnung sollen ihren Sinn verlieren, wenn die Hausbewohner "im Kommunismus leben werden".

Gegen die Überfüllung der Großstädte

Der Bau der ersten Moskauer Trabanten-Stadt entspricht der neuen Städteplanung der Sowjetunion, die es vermeiden will, daß die Großstädte noch weiter wachsen. Als ideale Einwohnerzahl für eine Großstadt hat man eine halbe Million festgelegt. Zugleich hat man bestimmt, daß die Stadtzentren der Millionenstädte Moskau und Leningrad aufgelockert und ihre Bewohner in gesündere Wohngegenden umgesiedelt werden sollen. Moskau soll als erste eine Reihe von Sputnikstädten erhalten, wie man die Trabantenstädte nennt. Die Moskauer Sputnik-Städte sind nicht als reine Wohnstädte, sondern als industrielle Vorstädte gedacht, allerdings mit einer Bauweise, die moderne Betriebe mit modernen Wohnsiedlungen kombiniert. Westliche Vorbilder und Experimente haben ohne Zweifel bei diesen Erwägungen Pate gestanden.

Es gibt gewiss auch heute schon große Parkanlagen in vielen sowjetischen Städten, aber Städte im Grünen sind weithin unbekannt. Die sowjetische Hausfrau hütet immer noch "ihren Bereich der eigenen Wohnung". Vor allem s i e wird sich umstellen müssen.